

Zu krank für Arbeit aber fit genug für den Wahlkampf: eine SPD-Politikerin in Berlin-Mitte

MITTE – Wenn es einen politischen Skandal gibt, der diesen Namen verdient, dann spielt sich dieser gerade in Berlin ab. Dort kandidiert die SPD-Politikerin Uta Francisco Dos Santos im September als Bezirksbürgermeisterin. Doch jetzt fanden die Springer-Blätter BILD und B.Z. heraus, dass die Frau einen führenden Job in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen hat.

Dort ist sie sogar in einer Leitungsposition und betreut ‚Gremienangelegenheiten‘.

Bis zu 7.641 Euro erhält sie dafür im Monat. Damit kommt man klar.

Dumm nur, dass jetzt herauskam, dass sich Frau Dos Santos seit Mitte 2024 krankgemeldet hat und seitdem nicht mehr im Rathaus gesehen wurde.

Die Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Mitte wäre dann Chefin von etwa 2.500 Mitarbeitern. Aber sie ist jetzt „krank“ und führt gleichzeitig Wahlkampf um den Spitzenposten im Bezirk?

„Ich finde das schräg“, sagt Ex-Justizsenator Michael Braun (70, CDU) im Interview mit der BILD. Und weiter: „Die Dame hat den öffentlichen Dienst falsch verstanden.“

Und was sagt die SPD-Frau selbst?

„Ich bin in einer juristischen Auseinandersetzung mit meinem Arbeitgeber“, so die Angestellte zu BILD und fährt fort: „Das betrifft zwar nicht den Arbeitgeber direkt – das wird von

einigen Personen, die da jetzt in Verantwortung sind, betrieben. Ich bin da in letzter Zeit vielen Dingen ausgesetzt gewesen.“

Alles schön und gut, aber was hat das damit zu tun, dass sie seit zwei Jahren krankgeschrieben ist und gleichzeitig aber Wahlkampf für ein hohes politisches Amt machen kann?

Uta Francisco Dos Santos wird dem linken Parteiflügel der Berliner SPD zugerechnet. In einem Video zum ‚Equal Pay Day‘ sagt sie, sie fordere gute Rahmenbedingungen für Frauen, „damit wir möglichst Vollzeit arbeiten können und unser Geld selbst verdienen und für uns sorgen.“

Bauen in Berlin? Am Beispiel des Mauerpark-Stadions ist erkennbar, was hier falsch läuft

von KLAUS KELLE

PRENZLAUER BERG – Der 11. Februar war ein ziemlich grauer Tag, als im Berliner Gleimviertel die Zeit der „DDR-Moderne“ endgültig endete. Um punkt 10:07 Uhr erschütterte ein dumper

Doppelknall den Prenzlauer Berg. Die zwei verbliebenen, 64 Meter hohen Flutlichtmasten des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks knickten wie Streichhölzer ein und sackten in einer Staubwolke in sich zusammen. Was für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein „notwendiger Schritt zur Baufreiheit“ war, wirkte auf hunderte grimmig dreinschauende Bürger hinter rot-weißen Absperrgittern wie die öffentliche Hinrichtung eines Stadtteil-Wahrzeichens.

Bauen in Berlin: Das Ende der Konsensgesellschaft

Der Jahn-Sportpark ist dabei längst kein lokal begrenztes Bauprojekt mehr. Er ist das Mahnmal einer Metropole, in der Bauen ohne erbitterten Widerstand, Gerichtsverfahren und Polizeieinsätze unmöglich geworden ist. Wo früher Kräne als Zeichen von Fortschritt galten, werden sie heute als Symbole für Gentrifizierung, ökologische Ignoranz und politische Rechthaberei wahrgenommen. Der Konflikt am Mauerpark zeigt, wie hier zwei unversöhnliche Weltanschauungen aufeinanderprallen: Die staatliche Logik von „Abriss und Neubau“ gegen die zivilgesellschaftliche Forderung nach „Erhalt und Sanierung“. Und sicher für viele ein wenig DDR-Romantik.

Die Proteste rund um den Februar 2026 waren intensiv. Als die Vorbereitungen für die Sprengung der Masten anliefen, kam es zu Sitzblockaden an den Zufahrtswegen, um die anrückenden schweren Maschinen aufzuhalten. Aktivisten der Bürgerinitiative (BI) Jahnsportpark und Unterstützer von „Ende Gelände“, auch einfache Anwohner versuchten, die Baustelle zu besetzen und so das Vorhaben zu stoppen, was schon ein bisschen naiv erscheint.

Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an, um das Gelände zu räumen. Es kam sogar zu Handgemengen, mehrere Personen wurden in polizeiliches Gewahrsam genommen. Die Wut der Protestler war scheinbar auch einem Gefühl der Ohnmacht geschuldet, hatte man es doch vorher mit Petitionen und

friedlichen Protesten auch von Tierschützern versucht. „Hier wird Beton-Politik aus den 90ern gegen den Willen des Kiezes durchgeprügelt“, rief ein Sprecher der Bürgerinitiative durchs Megafon, während im Hintergrund die Sprengladungen an den Stahlgerüsten angebracht wurden. Doch der Senat nutzte ein Zeitfenster kurz vor Beginn der offiziellen Brutzeit (1. März), um Fakten zu schaffen, die juristisch nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Denkmalschutz vs. Inklusion

Der Kern des Streits liegt wohl in der Definition von Fortschritt. Der Berliner Senat argumentiert mit der Inklusion. Das alte Stadion sei marode, die Tribünen für Rollstuhlfahrer unzugänglich, die Sanitäreanlagen eine einzige Katastrophe. Ein „Leuchtturmprojekt“ für den Behindertensport wolle man schaffen, ein Stadion, das weltweit Maßstäbe setzt. Was sonst? Berlin halt...

Inklusion? Das sei bloß das „Totschlagargument“ des Senats für den Abriss historischer Bausubstanz, halt das Echo zurück. Die „Ostmoderne“ dieses Stadions mit seiner markanten roten Haupttribüne hätte man auch durch neue Fahrstühle und Rampen barrierefrei gestalten können – und vor allem viel kostengünstiger.

Aber sind wir ehrlich!

Der Jahn-Park steht nicht allein. Ob beim Molkenmarkt, beim **Hermannplatz** oder beim A100-Ausbau – wann immer irgendwo Bagger anrollen, sind die altbekannten Demo-Profis zur Stelle, oftmals ergraute Revolutinsromantiker von einst, unerbittliche Kämpfer gegen die Modernisierung. Berlin ist zur Arena des Baustopps geworden. Die Baumuffel sind heute besser vernetzt, juristisch versierter und kompromissloser als noch vor 20 Jahren. Jede gefällte Pappel, jeder abgerissene Betonpfeiler, jedes grüne Kleinbiotop wird zum Politikum.

Die Verwaltung reagiert oftmals genervt und zieht ihre Pläne

einfach brachial durch, was dann allerdings den Frust weiter vergrößert und die Proteste anstachelt. Im Jahn-Sportpark fand die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung zwar statt, doch die Ergebnisse – die überwiegende Mehrheit sprach sich für eine Sanierung des Bestands aus – wurden vom Senat ignoriert.

Das neue Inklusionsstadion wird gebaut, daran lassen die Trümmerberge im Prenzlauer Berg keinen Zweifel mehr. Doch der Preis ist hoch. Nicht nur finanziell übrigens – die Kosten sind mittlerweile auf **fast 300 Millionen Euro** explodiert –, sondern vor allem gesellschaftlich.

Wenn 2028 die ersten inklusiven Wettkämpfe im neuen Stadion stattfinden, wird die Architektur modern und die Barrieren werden verschwunden sein. Doch die Narbe, die der Abriss im kollektiven Gedächtnis des Viertels hinterlassen hat, wird so schnell nicht verheilen. Wer in Berlin baut, muss den knallharten Konflikt einplanen.

Anschlag auf Stromversorgung: Massiver Polizeieinsatz gegen Linksterroristen in Berlin

Hunderte Beamte von LKA und Polizei sind zur Zeit in Berlin unterwegs, um Wohnungen und Büros von Personen aus der linksextremistischen Szene Berlins zu durchsuchen. Das Vorgehen der Ermittler richtet sich gegen die vermuteten Täter der Terroranschläge im September 2025 in Adlershof. Auch in drei weiteren Bundesländern läuft die Razzia.

Konkret bekannt ist im Moment der Einsatz gegen die „Anarchistische Bibliothek“ an der Reichenberger Straße in

Kreuzberg.

Am 9. September 2025 hatten Linksterroristen zwei Strommasten in Johannisthal im Bezirk Treptow-Köpenick angezündet. So kam es zu einem großflächigen Stromausfall. 45.000 private Haushalte und Gewerbebetriebe blieben in der Folge mehrere Tage ohne Strom.

Berlin hat die Wahl: Wer Wohnraum will, wählt links – wer links wählt, verhindert Wohnraum

von **KLAUS KELLE**

BERLIN – Wenn Sie sich im Tennis ein bisschen auskennen, dann wissen Sie, was man unter einem „Matchball“ versteht. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat das Kunststück geschafft, innerhalb weniger Wochen zwei Matchbälle zu versemeln, die ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit eine weitere Amtszeit im Roten Rathaus beschert hätten.

Beim Stromausfall im Südwesten zum Beispiel, als wir statt eines mitfühlenden Landesvaters, der Probleme der frierenden Bürger gleich vor Ort löst und heißen Tee an die Helfer verteilt, einen Regierenden erleben mussten, der sich Zeit für seine Tennisstunde nahm, während Zehntausende unter den Folgen eines linksradikalen Terroranschlags litten.

Und dann das Glatteis-Chaos mit zahlreichen Unfällen und Verletzten durch Stürze auf vereisten Gehwegen. Und Wegner,

der Richtlinienkompetenz hat, ordnet nicht etwa an, dass sofort Salz gestreut wird, auch wenn das der Umweltlobby nicht in den Kram passt. Einen führungsstarken Regierenden hätten wir da gerne erlebt. Hätten wir ...

Ist also Schwarz-Rot nur eine kurze Episode?

Wenn am 20. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt wird, blickt unsere Stadt auf dreieinhalb Jahre schwarz-rote Koalition zurück, die mit dem Versprechen angetreten ist, Berlin einfach mal machen zu lassen. Doch die Realität sieht für viele Berliner anders aus.

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit des Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) ist in aktuellen Umfragen auf einem Höchststand. Mehr als 60 Prozent der Berliner geben an, mit der Regierungsarbeit unzufrieden zu sein. Man wirft Wegner vor, bei den großen Themen wie der Verwaltungsreform oder dem Wohnungsbau zu wenig geliefert und sich zu oft in internen Streitigkeiten mit dem Koalitionspartner SPD verheddert zu haben.

Aber in der Sonntagsfrage liegt die CDU mit etwa 23 Prozent weiter deutlich auf Platz eins. Wegner profitiert von der Zersplitterung seiner Gegner und von der schieren Verzweiflung der Bürgerlichen, die nach dem Hinscheiden der FDP und der Putinisierung weiter Teile der AfD heimatlos geworden sind. So gilt Wegner vielen Berlinern als kleineres Übel gegenüber einem drohenden rot-rot-grünen Block, der die angeschlagene Hauptstadt definitiv weiter in die Grütze führen würde.

Es ist ja seit vielen Jahren für Außenstehende rational nicht nachzuvollziehen, warum eine deutliche Mehrheit der Berliner immer wieder diejenigen wählt, die die offenkundigen Probleme nicht nur nicht lösen, sondern verschlimmern.

Ein Beispiel ist der fehlende Wohnraum

Berlin ist weiter ein Magnet für den alljährlichen Zuzug

tausender Menschen. Das hängt damit zusammen, dass hier Deutschlands Regierung sitzt, mit allerlei Begleitzug aus Wirtschaftsverbänden, Kreativagenturen, Beratern und NGOs. Gut bezahlte „Jobs, Jobs, Jobs“, wie der aktuelle US-Präsident rufen würde.

Der ideale Nährboden für Stadtentwickler und kapitalkräftige Investoren. Berlin, da hatte Klaus Wowereit (SPD) einst völlig recht, ist „arm, aber sexy“. Aus dieser Stadt könnte man etwas Großes machen, eine pulsierende und vor allem prosperierende Metropole im Herzen Europas, wie man so schön sagt.

Aber die Wähler in Berlin wollen das nicht

Warum auch immer. Wollten sie mehr Bautätigkeit, Investitionen, einfache Genehmigungsverfahren und mehr staatliches Geld für diesen Sektor, dann müssten sie die Parteien wählen, in denen diese Leute ihre Repräsentanz haben. Früher waren das in Berlin CDU und FDP, bei denen sich – ich sage es mal salopp – allerlei „Bauluden“ tummelten. Das Problem dabei: Wenn diese Leute investieren und bauen und auch Risiken eingehen sollen, was angesichts einer massiv gestiegenen Nachfrage dringend notwendig wäre, dann wollen sie auch Profit machen. *„Money makes the world go round“*, wusste schon Liza Minnelli. Und ja, Kapitalismus ist angetrieben von Profitstreben; wir in Deutschland haben die Soziale Marktwirtschaft erfunden, die ungehemmten Kapitalismus eindämmt. Eine gute Erfindung.

Aber so tickt der Berliner eben nicht

Der Berliner liebt seine „Kieze“, seine Pluderhosen-Muttis, seine bräsige Multikulti-Romantik sonntagsnachmittags am Mauerpark. Und er wählt links, was für die linken Parteien eine Win-win-Situation ist. Die verhindern nämlich nach Kräften, dass gebaut und Gewinn erwirtschaftet wird, trommeln und stimmen dagegen.

Am 26. September 2021 stimmten 59,1 % der Berliner – mehr als

eine Million Bürger (ca. 1,03 Millionen Menschen) – für die Verstaatlichung großer Immobilienkonzerne, um „die Mieten bezahlbar zu halten“. Gott sei Dank hat so ein Volksbegehren in Berlin nur appellativen Charakter; der Senat ist nicht gezwungen, das Ergebnis dann auch umzusetzen. Warum sollte ausgerechnet so was hier klappen?

Der Senat setzte eine Expertenkommission ein, die nach zwei Jahren Beratung zu dem Ergebnis kam, dass man Verstaatlichung rechtlich machen könne, die Hürden aber hoch seien. In Deutschland sind die Hürden immer hoch – wegen irgendwas.

Die schwarz-rote Koalition unter Wegner hat dann im Dezember 2025 einen Entwurf für ein Rahmengesetz vorgelegt, das so geschrieben ist, dass Enteignungen faktisch verhindert oder extrem erschwert werden. Ich liebe diese Stadt ... irgendwie.

Also zusammengefasst ...

Der Berliner fordert mehr bezahlbare Wohnungen, lehnt aber die Kapitalisten und Parteien ab, die ihm die notwendigen Häuser bauen können, weil die damit auch Geld verdienen würden. Stattdessen wählt man linke Parteien, die Bautätigkeit nach Kräften verhindern – und das mit zum Teil irren Begründungen.

So verzögerten sogenannte Naturschutzverbände in Pankow das Großprojekt „Pankower Tor“ mit seinen 2.000 neuen Wohnungen um Jahre, weil dort die seltene Kreuzkröte ihr Zuhause hat. Ein anderes Wohnbauprojekt wurde für ein ganzes Jahr gestoppt, weil man zuvor die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die heimische Insektenpopulation prüfen wollte.

Schön auch: In Reinickendorf durften hunderte Wohnungen *nicht* gebaut werden, weil das Land Berlin den Bau einer Grundschule aus Geldmangel streichen musste. In Berlin gibt es aber ein Gesetz, das keine Baugenehmigungen zulässt, wenn im Nahbereich nicht auch eine Grundschule existiert. Und so weiter – man könnte endlos erzählen vom täglichen Irrsinn in unserer Metropole, die aber erstaunlicherweise irgendwie noch zu

existieren scheint.

Zusammengefasst: Der Berliner wählt links, was dazu führt, dass er keinen bezahlbaren Wohnraum bekommt. Und weil er deshalb zu wenig Wohnraum hat, ist er unzufrieden und wählt auch wieder links, weil er glaubt, das würde automatisch den Wohnungsmangel stoppen. Ein ewiger Kreislauf. Glauben Sie mir, es sieht hier zwar anders aus, aber die DDR ist in den Köpfen vieler Berliner quicklebendig. Der Staat wird's schon richten.

Neben der Achillesferse Mieten und Wohnen hat Berlin zwei weitere Hauptprobleme

Innere Sicherheit und Migration: Das ist weiter ein Konjunkturprogramm für die AfD, die vermutlich weiter deutlich zulegen wird. Obwohl die CDU bei der Polizeireform eine Menge richtig gemacht hat. Und die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich haben hier eine lange, liebgewonnene Tradition. Das ist dann das Konjunkturprogramm für die Linke.

Kenia oder linker Block?

Stand heute haben CDU und SPD keine eigene Mehrheit mehr. Nach der Wahl könnte Wegner vielleicht die Grünen mit ins Regierungsboot locken. Die haben keine gemeinsamen Ziele außer dem Willen zur Macht. Bleibt als Alternative, da die „Alternative“ nicht mitspielen darf, nur der linke Block aus SPD, Grünen und Linken, vielleicht sogar BSW. Das wäre der Super-GAU für Berlin, denn die SPD wäre mit Grünen und Linken nur der Juniorpartner am Katzentisch und die Destruktiven könnten tun und lassen, was sie wollen.

Münzmesse im Estrel: Gold und Silber glänzen weiter

Lange Gesichter gab es kürzlich auf der weltgrößten Münzmesse „World Money Fair“ im Berliner Estrel Hotel. Während Anleger und Münzsammler sich zu Beginn noch um neue und limitierte Gold- und Silber-Münzen an den Ständen internationaler Münz-Prägestätten drängelten, gab es kurz darauf die große Überraschung: Die Kurse bei Silber und Gold rauschten innerhalb weniger Stunden in die Tiefe. Gold verlor mehr als 8 Prozent und Silber büßte rund ein Viertel seines Wertes ein. Auch Platin als wichtiges Industriemetall, von dem es nur wenige Münzen gibt, rauschte um über 18 Prozent in den Keller. Damit hatten viele Händler, Anleger und Sammler nicht gerechnet.

Doch: Experten rechnen mit Wertzuwächsen bei Gold und Silber

Einige hatten bereits zuvor von größeren Preiskorrekturen bei Edelmetallen gewarnt, allen voran die Geldhüter der Deutschen Bundesbank. Edelmetall-Experten wie Wolfgang Wrzesniok-Roßbach, der bereits für Goldhändler wie Heraeus, Dresdner Bank und Degussa arbeitet und jetzt als Unternehmensberater der Feingold GmbH tätig ist, hielt es bereits Ende 2025 für möglich, dass Edelmetallpreise schon bald eine Korrektur erfahren würden – mehr noch – er hielt eine Korrektur nach den schnell ansteigenden Kursen sogar für notwendig: „Doch selbst bei einem Rückgang von zehn bis 20 Prozent bliebe der langfristige Aufwärtstrend des Goldpreises intakt.“

Ähnlich sieht es der frühere Degussa-Geschäftsführer Dr. Markus Krall, der bereits die kurzfristigen Höchstpreise für Silber fast auf den Euro genau voraussagte, als dieser einbrach. Krall sieht die mittel- bis langfristige Entwicklung beider Edelmetalle deutlich positiv und rechnet erneut mit Aufwärtsbewegungen. Auch die Edelmetallexperten der großen

Geldinstitute wie Deutscher Bank und Commerzbank rechnen mit einer weiteren Stabilisierung der Gold- und Silberpreise am Weltmarkt. Immerhin kann Silber mit 2.600 Jahren als Zahlungsmittel auf eine lange Tradition verweisen.

Niedrige Zinsen und hohe Staatsverschuldungen treiben die Preise

Hierbei sind sich die Experten von Banken und Edelmetallhändlern einig: niedrige Zinsen, hohe Staatsverschuldungen und Inflationsraten, gepaart mit wirtschaftlichen und geopolitischen Unwägbarkeiten sorgen für weitere Anstiegsszenarien bei Edelmetallen. Stieg der Preis für Gold im vergangenen Jahr noch um 65 Prozent an, waren es bis zur Korrektur noch 21 Prozent für 2026. Das besonders für die Solar- und E-Mobilität benötigte Silber konnte 2025 noch einen rasanten Aufschwung von 148 Prozent aufs Parkett legen. Nach einem Anstieg von 45 Prozent Wertzuwachs in 2026 folgte am 30. Januar dann der Absturz mit einem Minus von rund 26 Prozent. „All dies ist kein Grund sich von beiden Edelmetallen als Anlageinstrument zu verabschieden“, so ein internationaler Münzhändler aus Bayern. „Gold wird genauso wie Silber wieder im Preis steigen, denn die Nachfrage bleibt hoch, während Anleger die Chance genutzt hatten, um Gewinne mitzunehmen.“ Jährlich werden ca. 22.000 Tonnen Silber und rund 2.500 Tonnen Gold gefördert.

Polen besitzt mehr Gold als die Europäische Zentralbank

Die Polnische Nationalbank hat ihre Goldreserven inzwischen weiter aufgestockt und hält jetzt 550 Tonnen in seinen Tresoren. Damit besitzt sie größere Goldreserven als die Europäische Zentralbank, die gerade mal auf 506,5 Tonnen kommt. Polen hält somit einen Anteil von 28 Prozent Gold an seinen Gesamtreserven. Die größten Goldreserven halten nach wie vor die USA mit 8133,5 Tonnen und Deutschland auf Platz 2 mit 3.350,3 Tonnen Gold. Es folgen Länder wie Italien, Frankreich, Russland, China, Indien und Brasilien. Dabei

erhöhten besonders die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China in den vergangenen Jahrzehnten ihre Goldkäufe kontinuierlich. Goldreserven können nicht zuletzt auch zur Stützung der eigenen Nationalwährungen dienen. Während zahlreiche Anlageberater auf ETFs, Futures, Swaps und Optionen auf Edelmetalle setzen, also digitale Derivate, raten Edelmetall-Experten wie Markus Krall überwiegend zu physischen Edelmetallen in Form von Barren oder Münzen. Ihr Vorteil: Sie können jederzeit weltweit eingelöst werden und dienen somit laut Experten als eine Notreserve. Dirk Jacobs

Ganz schön glatt hier: Vom Streusalz-Dogma und einem Mangel an politischer Konsequenz

von **KLAUS KELLE**

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner von der CDU wollte bei massivem Glatteis in der Stadt das Streuverbot kurzfristig aussetzen und erntete dafür Spott und Hohn im Abgeordnetenhaus. Aber im Grunde hat er natürlich recht, denn es gab bereits zahlreiche Verletzte in Berlin wegen der eisigen Temperaturen und gefrorener Fahr- und Gehwege.

Mehr als 1.800 Mal mussten Sanitäter und die Berliner Feuerwehr an einem einzigen Tag ausrücken, die Notaufnahmen der Krankenhäuser waren aufgrund von Knochenbrüchen und Platzwunden überlastet, und ein Rettungsdienst hatte zeitweise sogar keinen einzigen Wagen mehr verfügbar. Berlin wieder mal am Limit – wie so oft in jüngster Zeit.

In einer solchen Situation starr am Streusalzverbot festzuhalten, das klingt wie Hohn gegenüber Senioren, die sich nicht mehr aus dem Haus trauen, und den vielen Pendlern, die auf dem Weg zur Arbeit ihre körperliche Unversehrtheit riskieren. Umweltschutz ist wichtig, keine Frage. Aber wenn der Schutz von Baumwurzeln höher als die körperliche Unversehrtheit von Tausenden Menschen bewertet wird, dann läuft etwas falsch.

Wegners Slalom-Kurs

Kai Wegner steht erneut im Zentrum der Kritik – dieses Mal zu Unrecht. Sein Appell an das Abgeordnetenhaus, das Verbot zu lockern, wurde von der Opposition als Offenbarungseid bezeichnet. „*Man nennt es Winter*“, tönnten die Kritiker. Und so ist das halt in einer Demokratie. Aber, Freunde: Ein Regierender Bürgermeister bettelt im Parlament darum, das Richtige tun zu dürfen? Ernsthaft?

Der Chef im Roten Rathaus hat gemäß Artikel 58 der Landesverfassung die Richtlinienkompetenz. In einer Notsituation hat er nicht nur das Recht, er hat die Pflicht zu führen. Und er sucht nicht wie ein Bittsteller Zustimmung, die er gar nicht braucht. Kurze Anweisung an die Umweltverwaltung, Eil-Verordnung für das Tausalz vorbereiten – und dann los geht's.

So funktioniert Realpolitik

Aber Wegner versemzelt nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen den Matchball, der ihm seinen Bürostuhl im Roten Rathaus für weitere fünf Jahre sichern könnte. Wegners Agieren wirkt wie ein politischer Eiertanz. Zwar erkennt er das Problem und die Erwartungen seiner Bürger, aber er zögert bei der Durchsetzung, bis der Fußgänger platt auf dem Eis liegt.

Gestern hat der Senat endlich den vorübergehenden Einsatz von Tausalz genehmigt. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) ist mit allen Kräften unterwegs, und auch Grundstücksbesitzer und vom

Land beauftragte Winterdienste sind endlich vom Taumittelverbot befreit. Bis zum 14. Februar.

Irgendwie funktioniert es dann doch noch

Oder, wie man in Köln kalauert: „*Et hätt noch imma joot jejange*“. Aber ob das so bleibt, das ist keineswegs sicher. Glatteis-Chaos, davor linker Terror und massiver Stromausfall in Zehlendorf, und von der missglückten Kommunikation beim Tennis-Match des Bürgermeisters will ich gar nicht erst anfangen.

Im Wahljahr entsteht ohne jede Not das Bild einer Stadtspitze, die von der Realität ihrer eigenen Metropole immer mal wieder überrascht wird. Berlin leidet unter einer Verwaltung, die sich in Zuständigkeiten verstrickt, statt pragmatische Lösungen zu liefern. Warum gibt es zum Beispiel kein flexibles Winterdienst-Konzept, das bei Extremwetterlagen (wie Blitzeis) automatisch Sonderregeln aktiviert? Warum muss erst das öffentliche Leben kollabieren, bevor unbürokratisch gehandelt wird?

Berlin braucht keinen Bürgermeister, der das Wetter kommentiert, sondern einen, der die Stadt intensiv auf solche Lagen vorbereitet. Das ist kein Hexenwerk, denn die Spötter im Abgeordnetenhaus haben ja zumindest damit recht, dass wir gerade keine Wetterkatastrophe erleben, sondern einfach nur normale Wintertage.

Grüne Arroganz in Reinkultur:

Linke Terroristen aus dem Fokus nehmen, Honig für die nächste Wahl saugen

Die Berliner Grünen wollen aus dem Stromanschlag von Linksextremisten auf die Stromversorgung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf politisches Kapital schlagen und gleichzeitig von den Linksterroristen ablenken. Das geht aus einer internen Mail hervor, die die Strategie vorgibt.

Man wolle vom öffentlichen Interesse an den Tätern ablenken, indem man den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) direkt hart attackiert.

In der E-Mail der Parteispitze, die der BILD zugespielt wurde, wird eine Kommunikationslinie für die Partei vorgegeben, in der für die öffentliche Debatte von den Tätern abgelenkt werden soll. In dem Geheimpapier heißt es dann:

„Wir haben ein strategisches Interesse daran, dass die Debatte um Kai Wegner lange medial begleitet wird und als Führungs-/Kompetenzfrage beim Regierenden Bürgermeister hängen bleibt.“

Wegner hatte am Tag des Terroranschlags in Berlin eine Stunde lang Tennis gespielt der Öffentlichkeit aber erzählt, er habe sich zu Hause eingeschlossen, um von dort aus die Maßnahmen seiner Verwaltung intensiv zu koordinieren, um den Bürgern im Berliner Südwesten schnell zu helfen.

Genau das, was die Menschen an der Politik abstößt, ist grüne Parteilinie

Denn in dem Papier der Grünen heißt es auch weiter: „CDU/Wegner“ solle als „politisch Verantwortlicher für Führung und Krisenmanagement“ in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden. Ausdrücklich aber *nicht* Innensenatorin Iris Spranger

oder Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (beide SPD).

Klar, die müssen ja geschont werden, weil sie nach dem 20. September, dem Tag der Abgeordnetenhauswahl, als Koalitionspartner gebraucht werden könnten.

Zum Anschlag hatte sich eine linksradikale „Vulkangruppe“ bekannt. Die Grünen fordern nun – natürlich – die Täter müssten gefunden und vor Gericht gestellt werden. Weiter heißt er: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, wie wir unsere Stadt künftig besser schützen können“.

Ganz sicher, indem man am 20. September diese Grünen nicht wählt...

Warum ist der Marlene-Dietrich-Platz immer noch glatt und gefährlich für Fußgänger?

MITTE – Umgeben von moderner Architektur, dem Tophotel „Grand Hyatt“, Lichtinstallationen, Spielbank, Musical-Shows und feinen Restaurants ist der Marlene-Dietrich-Platz unweit des Potsdamer Platzes in Mitte zu einem Juwel der Metropole Berlin geworden – und ein Magnet für Besucher aus ganz Deutschland und aller Welt. Umso unverständlicher, warum dort die Gehwege und der Platz selbst bis heute nicht geräumt und winterfest gemacht wurden, auch mit Streusalz...

Vor dem Schloss Charlottenburg kommt echte Weihnachtsstimmung auf

CHARLOTTENBURG – Der Weihnachtsmarkt am Schloss Charlottenburg ist schon etwas Besonderes. Und ja, er ist einfach schön, romantisch, vor der erleuchteten Kulisse des Barockschlusses, mit einem wunderbaren und vielfältigen Angebot an Dingen, die man eigentlich nicht braucht, aber die einfach...auch schön sind. Und kulinarisch reicht es hier weit über Thüringer Bratwurst, Pizza und Glühwein hinaus. Allein das gefüllte warme Landbrot ist es wert, noch einmal dorthin zu gehen.

Mehr als 100 regionale und internationale Anbieter in Holzhütten und Pagodenzelten bieten Kunsthandwerk, ausgefallenen Geschenkideen und weihnachtliche Speisen und Getränke an. Wer nicht in der Kälte am Stehtisch ausharren will, der findet beheizte Zelte, in denen ganze Menüs angeboten werden.

Etwa 70 bis 80 Weihnachtsmärkte gibt es in der deutschen Hauptstadt während der Adventszeit. Und die Bandbreite ist enorm von den großen kommerziellen Touristenattraktionen am Alexanderplatz und am Potsdamer Platz bis hin zu kleinen, spezialisierten Märkten wie dem „Lucia“-Weihnachtsmarkt oder dem Umwelt- und Weihnachtsmarkt in der Sophienstraße.

Wie können sich die vielen Leute das bloß leisten, frage ich mich, als wir nach drei unbeschwerten Stunden das vorweihnachtliche Treiben vor dem Schloß Charlottenburg verlassen. Denn die Preise sind schon happig für Glühwein, Currywurst mit Pommes und französische Trüffelsalami.

An einer Hütte bieten sie Christbaumkugeln an, das Stück für 28 Euro. Die waren echt schön anzusehen, aber 28 Euro für eine Christbaumkugel? Ich weiß ja nicht...

Nachher zu Hause werden Manche dann wieder klagen, wie schlecht alles in Deutschland geworden ist, und dass der Untergang bevorsteht, und erst die Milliarden für die Ukraine...

Berlin hat ein großes Rattenproblem – außer in Spandau

Das Ratten-Problem in Berlin ist seit Jahren bekannt. Schon vor zwei Jahren sollte es einen Runden Tisch zum Thema „Stadtratten“ geben. Doch, wie so vieles in unserer Stadt, folgten den Ankündigungen keinen Taten. Eine Anfrage der Grünen im Abgeordnetenhaus fördert nun zu Tage, wie schlimm die Situation heute tatsächlich ist. „Alle der zwölf Berliner Bezirke leiden unter einer Rattenplage. Viele tausend Meldungen zu den Schädlingen gehen jedes Jahr bei den zuständigen Gesundheitsämtern und Grünflächenämtern ein“, heißt es in der Antwort des Senats.

So stellte das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf fest: «Hauptursache für die hohe Rattenpopulation ist die permanente Verschmutzung der Anlagen durch Speisereste/ Taubenfütterung, die von Bürgern hinterlassen werden.“ Und in Friedrichshain-Kreuzberg werden vor allem die Kottbusser Brücke, der Traveplatz, der Boxhagener Platz und der Lausitzer Platz als Hotspots der Ratten genannt. Auch da die gleichen Gründe: Lebensmittelreste in den Parks, die Vogelfütterung und «die

zunehmende Verschmutzung und Verwahrlosung öffentlicher und privater Flächen».

Bis auf Spandau melden alle Bezirke diese wachsende Plage. Besonders unangenehm: In Neukölln wagen sich die unsauberen Nagetiere in großer Zahl auch direkt in die Wohngebiete. d die Wanderratte (*Rattus norvegicus*).

In Berlin kommt hauptsächlich die Wanderratte vor, die eine Vielzahl von Krankheitserregern auf den Menschen übertragen kann, etwa Salmonellen, Leptospiren (Erreger des Morbus Weil) und Toxoplasmen (Erreger der Toxoplasmose). Menschen können sich anstecken, wenn sie gebissen werden, wenn sie Staub einatmen, der mit den Ausscheidungen der Tiere (Urin, Kot) verunreinigt ist, oder wenn sie Lebensmittel verzehren, die kontaminiert sind. Außerdem spielen Ratten eine Rolle bei der Übertragung von Tierseuchen (Schweinepest, Maul- und Klauenseuche).